57. Jahrgang. № 307. Mittwoch, 6. November 1912.

Bezugs-Gebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 M., durch auswärtige Kommissionäre bis 3,50 M. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 M. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher gestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Anzeigen-Tarif. Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 30 Pf., **Familien-Nachrichten aus Dresden** 25 Pf.; die zweispaltige Zeile auf Textseite 70 Pf., die zweispaltige Reklamezeile 1,50 M. — In Nummern nach **Sonn- und Feiertagen** die einspaltige Grundzeile 35 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden die Grundzeile 30 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt kostet 10 Pf.

Telegramm-Adresse: **Nachrichten Dresden.**
Fernsprecher: **11 • 2096 • 3601.**

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Für Feinschmecker: **Lobeck's** Marke: Dreiring.
Fondant-Chocolade, Rahm-Chocolade, Bitter-Chocolade, Cacao, Dessert — per Tafel 50 ₰ — per ½ Kg. Dose 2,40 M. — per Carton 2, 3 u. 4 M.

Grösstes Lager in Beleuchtungs-Gegenständen
Ebeling & Croener
Bankstrasse 11.

Apotheker Peters **Albumol, aromatischer**
Eier-Lebertran mit Nährsalzen u. Lecithin, aus frischen Eiern und Meyerschem Medizinaltran, ohne schlechten Trangeschmack.
Knochen u. Gewebe bildend. Hervorragendes Heilnährmittel für **schwache Kinder** und **Erwachsene** bei Drüsen, Lungen- und Halsleiden, Körperschwäche, Magerkeit, englischer Krankheit rc. Flasche 0,75, 1,50 und 2,50 Mark. **Patentamtlich geschützt.** Vor Nachahmung wird gewarnt!
Alleinverkauf und Versand für das Königreich Sachsen:
Salomonis-Apotheke, Dresden-A., Neumarkt 6.

Techn. Gummiwaren
für alle Arten Betriebe.
Dichtungen, Gasbeutel, Schläuche, Transportmäntel etc. etc.
Reinhardt Leupolt, Gummiwarenfabrik
Dresden-A., Wettinerstrasse 26. Telephon 289.

Schutzbrillen und Respiratoren zum Schutze gegen Staub, Rauch, Dämpfe und inrespirable Gase fertigt als Spezialität **Carl Wendschuch's Etablissement** **Struvestrasse 11.**

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Meist bedeckt, geringer Temperaturanstieg, Niederschlag.

Die Zwischendeputation der Zweiten Kammer für die Vorberatung der Steuergesetze lehnte die Bestimmungen des Entwurfs ab, nach denen natürliche Personen, die dem Bekenntnis der Kirchgemeinde nicht angehören, weder Besitzwechselabgabe noch Grundsteuer an die Kirchgemeinde zahlen sollen.

Der Landeskulturrat für das Königreich Sachsen erklärte sich bereit, Unternehmungen der Großstädte zur Behebung der Fleischteuerung in weitgehendem Maße zu unterstützen.

Eine größere Betriebsstörung betraf gestern nachmittag fast alle Linien der Dresdner Straßenbahn; als Grund wird das Durchschlagen mehrerer Kabel angegeben.

Die erste Sitzung des Reichstages nach den Sommerferien wird voraussichtlich auf den 28. November anberaumt werden.

Bei der Reichstagsersatzwahl im 1. Berliner Wahlkreise wurde Kaempf (Fortschr. Vp.) mit überwiegender Mehrheit wiedergewählt.

Die deutsche Antwort auf das türkische Vermittlungsersuchen lautet entgegenkommend, weist aber auf die Entschließungsfreiheit der Balkanstaaten hin.

Die Tschechische Agrarbank in Prag hat im deutschen Bezirk Luditz die Herrschaft Stiedra angekauft, um dort 500 tschechische Bauernfamilien anzusiedeln.

Der Fliegerunteroffizier Marechal stürzte bei Houville mit seinem Flugzeug ab und fand den Tod.

Die Vermittlung der Mächte im Balkankriege

rückt in ein aktuelles Stadium, nachdem der türkische Botschafter in Berlin der Reichsregierung die Bitte der Pforte um Herbeiführung eines Waffenstillstandes überreicht hat und Deutschland aus diesem Anlaß mit den übrigen Mächten in einen Meinungsaustausch eingetreten ist. Leider läßt sich nicht behaupten, daß die Vermittlungsaktion von vornherein unter einem besonders günstigen Stern stünde; denn soviel kann bereits heute als ausgemacht gelten, daß der Vorschlag des Herrn Poincaré, wonach sämtliche beteiligten Großmächte sich im Orient als „desinteressiert", wie der diplomatische Fachausdruck lautet, erklären sollen, wegen seiner Unannehmbarkeit für Oesterreich und Italien schlechterdings keine Aussicht auf Zustimmung seitens des Dreibundes hat.

In erster Linie erscheint die Zumutung einer Desinteressements-Erklärung der Donaumonarchie gegenüber als ganz besonders unangebracht. Von jeher hat die österreichisch-ungarische Politik keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie die Stellung Oesterreichs als führende Vormacht auf dem Balkan in ihrer ganzen weittragenden politisch-wirtschaftlichen Bedeutung erfaßt und würdigt. Die Freihaltung des Weges nach Saloniki als der großen nach Kleinasien führenden Handelsstraße ist für die habsburgische Monarchie ein solches Lebensinteresse, daß ein Verzicht darauf gleichbedeutend wäre mit der Preisgabe einer nationalen Existenzbedingung. Mit Rücksicht auf die Unveräußerlichkeit dieses realen Interesses, das eine unerläßliche Voraussetzung für die Fähigkeit Oesterreichs, sich als Großmacht zu betätigen, bildet, sind seinerzeit Bosnien und die Herzegowina angegliedert worden, und ebenfalls mit Rücksicht darauf hat sich die Wiener Diplomatie, solange es irgend möglich war, zur Aufrechterhaltung des Statusquo auf dem Balkan bekannt, weil ihr unter der türkischen Herrschaft der Weg nach Saloniki offen gehalten wurde. Die Aeußerung des Grafen Aehrenthal, daß Oesterreich auf dem Balkan saturiert sei, auf die man sich jetzt von französischer Seite beruft, war daher auch lediglich in dem Sinne gemeint, daß sie unter der Bedingung der Erhaltung des Statusquo gelten sollte. Wenn aber der bisherige Zustand der Gebietsverteilung auf dem Balkan in die Gefahr willkürlicher Aenderungen durch den Balkanvierbund gerät, so ist es ganz selbstverständlich, daß Oesterreich-Ungarn einer solchen Entwicklung nicht als „desinteressierter" Staat gegenübertreten kann. In Paris darf man sich wirklich nicht wundern, wenn ein derartiges Ansinnen von der österreichischen öffentlichen Meinung mit Schärfe zurückgewiesen wird. Was hätten wohl die Franzosen dazu gesagt, wenn ihnen von österreichischer Seite während des Marokko-Konfliktes etwas Aehnliches für das nordafrikanische Sultanat nahe gelegt worden wäre? Man kann sich unschwer den Hexensabbath von Erregung vorstellen, der dann in der französischen Presse sich erhoben hätte. Was aber dem einen recht, ist dem andern billig, und so handelt Oesterreich nur ganz folgerichtig, wenn es den Vorschlag Poincarés zu einer Vermittlungsaktion der Mächte auf solcher Grundlage für undiskutabel erklärt. Es gibt ja allerdings augenscheinlich zurzeit zwei Strömungen in der Wiener auswärtigen Politik, deren eine ihre Rückendeckung in der menschlich sehr begreiflichen Abneigung Kaiser Franz Josephs gegen alle äußeren Verwicklungen findet, während die andere, die auf eine kräftige Aktion nach außen hindrängt, von dem jugendlich energischen Thronfolger gestützt wird, und es besteht auch ohne Frage in gewissen Pariser und sonstigen Kreisen der Tripelentente die Neigung, auf diesen Gegensatz zu spekulieren. In dem einen Punkte aber irren sich diese diplomatischen Rechenkünstler jedenfalls, wenn sie glauben, daß der habsburgische Kaiserstaat auf solche Weise veranlaßt werden könnte, sich im Orient einfach schachmatt setzen zu lassen, ohne mit der Wimper zu zucken. Wer das glaubt, unterschätzt in verhängnisvoller Weise die Stärke des allgemeinen nationalen Empfindens in Oesterreich, das den schicksalsvollen Charakter der gegenwärtigen Stunde wohl begreift und die nachdrückliche Wahrung des eigenen staatlichen Interesses gebieterisch fordert.

Neben Oesterreich ist auch Italien durch seine albanischen Beziehungen so wesentlich auf dem Balkan interessiert, daß es sich den französischen Vorschlag unmöglich zu eigen machen kann. Die leitenden italienischen Staatsmänner haben denn auch die „Forderung des Tages" richtig erfaßt, indem sie schleunigst mit der Wiener Regierung zu einem Einvernehmen über Albanien gelangt sind, wodurch der letzte Grund zu Reibungen und Verstimmungen zwischen den beiden Verbündeten beseitigt worden ist. Nach alledem erscheint es schwer verständlich, wie Herr Poincaré überhaupt auf den Gedanken kommen konnte, einen so unpraktischen Plan auszuhecken. Sollte die österreichische Presse so ganz unrecht haben, wenn sie dem Verdacht Ausdruck gibt, es handle sich hier um ein abgekartetes Spiel der Tripelentente, in der Absicht, durch die unvermeidliche Ablehnung des Vorschlages Oesterreich und mit ihm den Dreibund überhaupt in den Geruch des allgemeinen Friedensstörers zu bringen?

Wie dem auch sei, Oesterreich und Italien befinden sich einfach in einer unausweichlichen Zwangslage, wenn sie dem Poincaréschen Plane ihre Zustimmung versagen, und daß Deutschland unter diesen Umständen vorbehaltlos an die Seite seiner Verbündeten tritt, bedarf keiner besonderen Betonung. Der Vorschlag des Herrn Poincaré begegnet daher der geschlossenen Zurückweisung durch den Dreibund, und ist somit erledigt. Die Herren Diplomaten werden sich also mit möglichster Beschleunigung, weil die Ereignisse sonst über ihre Köpfe hinweg fortschreiten, über eine andere gangbarere Formel der Vermittlung einigen müssen. Wie sehr schnelles und einiges Handeln der großmächtlichen Diplomatie nottut, beweisen die Meldungen aus dem bulgarischen Heerlager, die eine ungezügelte Neigung zur gründlichen Ausnutzung der Situation im bulgarischen Interesse erkennen lassen. Der bulgarische Generalstab will die jüngsten Waffenerfolge bis aufs äußerste treiben und die siegreichen Fahnen bis vor die Tore Konstantinopels tragen, um dann ohne Rücksicht auf die Großmächte die Friedensbedingungen der Pforte allein zu diktieren. Es wird ausdrücklich gemeldet, daß Bulgarien die Vermittlung der Mächte ablehne und für keine Einmischung zu haben sei. Käme es tatsächlich so weit, so würden natürlich auch die übrigen Teilnehmer des Balkanbundes nicht zurückbleiben, sondern der Pforte eine erkleckliche Rechnung in Gestalt territorialer Lohnforderungen für ihre Siege präsentieren. Man sollte meinen, daß derartige unerfreuliche Aussichten auch die Politik der Tripelentente in die richtige Bahn an der Seite des Dreibunds lenken müßten; denn wenn man von Frankreich absehen will, so haben doch in jedem Falle auch Rußland und England ein Interesse daran, daß die europäische Türkei nicht gänzlich von der Landkarte verschwindet.

Vielleicht wäre es für die Klärung der Lage sehr günstig, wenn die jetzigen Berliner Verhandlungen zwischen der Leitung unseres Auswärtigen Amtes und dem Marquis di San Giuliano die beiderseitige offiziöse Erwartung bestätigten und die Einheitlichkeit des Dreibundes noch kräftiger und wirksamer gestalteten. Dazu wäre die Einbeziehung der Mittelmeerfrage in den Dreibund erforderlich, wodurch Italien, das dann Schulter an Schulter mit Oesterreich die Wacht im Mittelmeere zu übernehmen hätte, erst recht eigentlich fest und unauflöslich mit dem Dreibunde verknüpft würde. Vor eine solche vollendete Tatsache gestellt, müßten auch die Mächte der Tripelentente jede Hoffnung auf Loslösung Italiens vom Dreibunde endgültig fallen lassen, und dann erst würde das internationale Gleichgewicht genügend hergestellt sein, um einem loyalen Zusammenwirken der beiden großen Mächtegruppen den Weg zu ebnen und wieder, wie früher, ein „europäisches Konzert" zu ermöglichen.

Der Krieg auf dem Balkan.

Die deutsche Antwort auf das türkische Vermittlungsersuchen

ist prompt erfolgt. Sie lautet entgegenkommend, weist aber auf die Entschließungsfreiheit der Staaten des Balkanvierbundes hin. Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: Der türkische Botschafter hat dem Auswärtigen Amte das Ersuchen seiner Regierung mitgeteilt, auf Einstellung der Feindseligkeiten hinzuwirken und dann den Frieden vorzubereiten. Darauf ist geantwortet worden: Die deutsche Regierung würde bereit sein, diesen Wunsch an die Regierungen der gegen die Türkei kriegführenden Staaten weiterzugeben, wenn auch die anderen Großmächte hierzu geneigt seien. Allerdings stehe es bei den Regierungen der Kriegführenden, ob sie auf den Wunsch eingehen wollten oder nicht.

Strenge Neutralität Deutschlands.

Wie wir bestens erfahren, sind die von 18 deutschen als Organisatoren und Instrukteure in der Türkei tätig gewesenen Offizieren eingereichten Gesuche um Entlassung aus dem deutschen Militärverhältnis behufs Eintritt in türkische Dienste abschlägig beschieden worden.

Die feste Politik des österreichischen Thronfolgers.

Der Wiener „Reichspost" zufolge empfing der Erzherzog Franz Ferdinand den Minister des Aeußeren Grafen Berchtold in 1¼stündiger Audienz. Das Blatt bemerkt dazu: Man kann annehmen, daß in dieser Unterredung auch wichtige, die Zukunft des Reiches sehr nahe berührende Fragen, die jetzt für die Monarchie durch die auswärtigen Ereignisse auf die Tagesordnung gestellt wurden, zu eingehender Besprechung gelangten. Das hohe Vertrauen, das Graf Berchtold bei der Krone genießt und das auch in dem warmen Verhältnisse des Erzherzog-Thronfolgers zu dem Lenker der auswärtigen Politik zum Ausdrucke kommt, hat sicher auch in dieser wichtigen Unterredung sich neu bekräftigt, so daß das volle Einverständnis zwischen dem Thronfolger und dem Minister des Aeußeren auch in den schwebenden wichtigen Fragen sich nicht veränderte.

Aus dem Kommentar der Wiener „Reichspost" zu der Audienz sind folgende Stellen hervorzuheben: Man kennt das tiefe werktätige Interesse, mit dem der Erzherzog-Thronfolger die Angelegenheiten der Reichspolitik erfaßt. Seine starke Natur, ganz erfüllt von dem Berufe der Großmacht Oesterreich-Ungarns, umschließt ein Programm, das sich auf große Habsburger Traditionen aufbaut. Die Monarchie gedenkt mit Dankbarkeit der Vertiefung der engen Beziehungen des Reiches zu dem verbündeten Deutschen Reich, der herzlichen persönlichen Beziehungen, die zwischen dem Thronfolger und Kaiser Wilhelm bestehen. Das Blatt bespricht sodann die Poincarésche Formel, diesen „merkwürdigen Vorschlag", der Oesterreich zumute, einen absoluten Verzicht auf Geltendmachung seiner Balkaninteressen zu leisten. Man mag im Auslande, fährt das Blatt fort, vielleicht glauben, Oesterreich-Ungarn wisse nicht oder wage nicht, was es wolle. Die Monarchie bekunde jedoch vor Europa, wie unberechtigt die Anklagen sind, daß sie diesen Balkanbrand angezettelt habe, um dabei auf eigensüchtige, für den Frieden Europas gefährliche Abenteuer einzugehen. Wenn die Tatsachen über den Statusquo hinwegschreiten, und diese auch die übrigen Mächte anerkennen, so erhält